

KURZ UND PRÄGNANT

Zahlung von Opfer-Renten

Das Urteil des Bundessozialgerichts, das die rückwirkende Zahlung von Opfer-Renten an ehemalige Zwangsarbeiter in Ghettos ablehnt, „muss durch den Gesetzgeber korrigiert werden und Thüringen dafür zügig im Bundesrat aktiv werden“, forderte MdL Karola Stange. Es sei ein Skandal, wenn ehemaligen Zwangsarbeitern in Ghettos und damit NS-Opfern mit Verweis auf gesetzliche Formalien die rückwirkende Auszahlung ihrer Rentenansprüche verweigert werde, vor allem, wenn die verspätete Zahlung eindeutig und vom Gericht selbst festgestellt auf Rechtsfehlern des Rentenversicherungsträgers beruhe. „Die Betroffenen haben die verspätete Zahlung also gar nicht zu verantworten, daher muss doch der öffentliche Rentenversicherungsträger für diesen Fehler haften. Die betroffenen Rentenberechtigten müssen mittels Entschädigung so gestellt werden, als wäre der Fehler des Rentenversicherungsträgers nie passiert“, sagte die Abgeordnete der LINKE.

ACTA auf Tagesordnung gesetzt

Die LINKE hat jetzt für die Landtagssitzung das Handelsabkommen über Produkt- und Markenpiraterie (ACTA) thematisiert. Wegen der befürchteten Einschränkung der Informationsfreiheit im Internet hatten kürzlich zehntausende Menschen bundesweit und auch in Thüringen gegen das Abkommen protestiert.

Die netzpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Katharina König, sagte: „Der Ratifizierungsstopp in einzelnen Ländern als Reaktion auf die weltweiten Proteste ist die einzig richtige Antwort. Auch die Ankündigung, ACTA durch den Europäischen Gerichtshof prüfen zu lassen, ist folgerichtig. Aber kritikwürdig ist und bleibt der dem ACTA zu Grunde liegende Ansatz, die Verfügungsmacht von Unternehmen über immaterielle Güter und kreative Leistungen international durchzusetzen und Instrumente zum Vorgehen gegen Urheberrechts- und Markenschutzverletzungen auch im privaten, nichtgewerblichen Bereich auszubauen und zu verschärfen.“

Die Abgeordnete teilt die Sorge vieler Menschen, dass ACTA die unterzeichnenden Staaten dazu anhält, den Internetverkehr zu überwachen, Internet-Provider in Haftung zu nehmen und Nutzer zur Rechenschaft zu ziehen. Verheerende Auswirkungen müssten auf sogenannte Entwicklungsländer, die dringend preisgünstige Arzneimittel, Generika und eigens hergestelltes Saatgut benötigen, befürchtet werden.

„Wie nötig eine Demokratie engagierte Menschen braucht“

Gemeinsamer Aufruf zur Beteiligung an der Schweigeminute zum Gedenken an die Opfer neonazistischer Gewalt

Zur Beteiligung an der Schweigeminute zum Gedenken an die Opfer rechtsextremistischer Gewalt am 23. Februar haben der Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, und der Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE, MdL Knut Korschewsky, aufgerufen. Sie unterstützen damit den Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, dass die Menschen in der Bundesrepublik an diesem Tag, 12 Uhr, für eine Schweigeminute in ihrer Arbeit innehalten.

Im stillen Gedenken an die Opfer rechtsextremistischer Gewalt soll ein kraftvolles Zeichen gesetzt werden. Den Aufruf tragen zahlreiche Organisationen. „Mit der Schweigeminute werden jene in den Mittelpunkt gerückt, die Opfer einer menschenverachtenden Ideologie geworden sind, die noch immer nicht aus allen Köpfen verschwunden ist. Das Gedenken an die Opfer ist Teil des notwendigen Widerstands gegen Neonazismus“, betont Bodo Ramelow.

„Die Proteste in Dresden haben gezeigt, wie nötig eine Demokratie engagierte Menschen braucht, die sich neonazistischen Umtrieben in den Weg stellen“, sagte Knut Korschewsky. Am 13. und am 18. Februar hatten Politiker der Partei DIE LINKE in Dresden wieder „Gesicht gezeigt“ an der Seite tau-

sender Menschen, die gegen Neonazi-aufmärsche und „sächsische Verhältnisse“ protestierten. Bodo Ramelow, der auf der Abschlusskundgebung am 18. Februar gesprochen hatte, betonte in einem Fazit, dass es besonders wichtig gewesen sei, dass „ein breites Bündnis zehntausendfach auf der Straße war und zwar auf der gleichen, die die Nazis vereinnahmen wollten, und

chen für die größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte“, erklärte der Fraktionsvorsitzende. Er wandte sich gegen jedes Verharmlosen und Relativieren.

Das Bündnis „Dresden Nazifrei!“ erinnerte daran, dass Ermittlungsbehörden und sächsische Regierung „2010 und 2011 alles dafür gegeben hatten, antifaschistischen Protest zu kriminali-



Bevor die Demonstration des Bündnisses „Dresden Nazifrei!“ am Hauptbahnhof der sächsischen Landeshauptstadt startete, zeigte die LINKE unübersehbar Flagge - mit dabei die Thüringer: MdB Kersten Steinke sowie die MdL Bodo Ramelow und Sabine Berninger.

Fotos: A. Rudolph

deutlich gemacht haben: Hier ist kein Platz für braunen Ungeist“. „Freie Meinungsäußerung ist ein Markenzeichen der Demokratie, aber Faschismus ist keine Meinung, sondern Kennzei-

sieren. Sie stellten Blockaden als Straftaten dar, hoben Immunitäten auf, ließen das Büro des Bündnisses und angrenzende Räume durch SEK-Einheiten stürmen. In einer Funkzellenabfrage sammelten sie rechtswidrig mehr als eine Millionen Verbindungsdaten und 50.000 Bestandsdaten.“

Neonazis sichern sich nahezu unbemerkt Immobilien

Bodo Ramelow und Knut Korschewsky hatten in der gemeinsamen Pressemitteilung zudem erklärt, dass es erschreckend ist, wie sich in Thüringen Neonazis in den letzten Wochen zunächst nahezu unbemerkt Immobilien sichern konnten, die nun zu weiteren Treff- und Veranstaltungsorten in für die neonazistische Szene werden können. „Neonazis organisieren sich Netzwerken und bauen darauf, dass ihre menschenfeindlichen Einstellungen in der Bevölkerung geteilt werden. Die Befunde dazu, wie beispielsweise durch den Thüringen-Monitor ermittelt, sind alarmierend. Deswegen müssen Parlamente auch darüber diskutieren, wie der Verbreitung rassistischer Einstellungen in der Gesellschaft begegnet und gleichzeitig neonazistische Netzwerke bekämpft werden können“, sagten die beiden LINKEN Landespolitiker.

Sie betrachten ein Verbot der NPD, die das neonazistische Netzwerk maßgeblich stützt, als einen möglichen Schritt, der aber sehr sorgfältig auf seine Erfolgsaussichten geprüft werden muss und allen verfassungsrechtlichen Grundsätzen entsprechen muss.

Wieder Mentees bei der Linksfraktion

Vier junge Menschen sind derzeit als Mentees in der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag im Einsatz.

In der Begleitung der Landtagsabgeordneten Tilo Kummer, Susanne Hennig, Matthias Bärwolff und Martina Renner lernen Belma, Stephanie, Kai und Sven den Alltag in der Landtagsarbeit und die Aufgaben in den Wahlkreisen kennen - also die parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit.

Es strengt ganz schön an, wenn man bis abends 21 Uhr in einer Anhörung des Bildungsausschusses zur Hochschulpolitik zuhören soll oder mit dem umweltpolitischen Sprecher der Linksfraktion den ganzen Tag bei Unternehmen und Projekten unterwegs ist. Besonders gespannt sind die vier auf die Plenarsitzung, die für den 23. und 24. Februar anberaumt ist, zumal sie an der Vorbereitung von Inhalten, Anträgen und Anfragen der LINKEN direkt mitwirken können. Die Abgeordneten und Mitarbeiter der Fraktion sind ihrerseits darauf gespannt, was ihnen die Mentees an Ideen und vielleicht auch an kritischen Hinweisen zum Weiterdenken mit auf den Weg geben werden.

Seit 2005 gibt die Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE jungen Men-



schen Gelegenheit, sich in diesem speziellen Paten-Programm Abgeordnete und ihre Arbeit aus nächster Nähe anzuschauen und dabei in die Politik intensiv „hineinzuschnuppern“.

Dr. Steffen Kachel

Foto: Kai Bekos, einer der Mentees, studiert Jura an der Friedrich-Schiller-Uni Jena, bringt einige Erfahrung in der aktiven Arbeit in verschiedenen Zusammenhängen der LINKEN mit und war am 18. Februar auch bei der Demonstration in Dresden dabei.